

Strafrechtliche Abhandlungen

Neue Folge · Band 11

Die Entwicklung der Sanktionen ohne  
Freiheitsentzug im Strafrecht der DDR

Von

Dr. Irene Sagel-Grande



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

**IRENE SAGEL-GRANDE**

**Die Entwicklung der Sanktionen ohne Freiheitsentzug  
im Strafrecht der DDR**

# **Strafrechtliche Abhandlungen · Neue Folge**

**Herausgegeben von Dr. Eberhard Schmidhäuser**

**ord. Professor der Rechte an der Universität Hamburg**

**in Zusammenarbeit mit den Strafrechtslehrern der deutschen Universitäten**

**Band 11**

# Die Entwicklung der Sanktionen ohne Freiheitsentzug im Strafrecht der DDR

Von

Dr. Irene Sagel-Grande



**DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN**

**Zur Aufnahme empfohlen von**  
**Frau Professor Dr. Anne-Eva Brauneck, Gießen**

**Alle Rechte vorbehalten**  
**© 1972 Duncker & Humblot, Berlin 41**  
**Gedruckt 1972 bei Buchdruckerei Feese & Schulz, Berlin 41**  
**Printed in Germany**

**ISBN 3 428 02680 2**

*Meinen lieben Eltern*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand im Anschluß an die Beschäftigung mit den Problemen des Strafens in Ost und West in Zusammenhang mit den neuesten Strafrechtsreformen in der BRD und in der DDR auf Anregung von Frau Professor Dr. Brauneck hin. 1970 hat die Schrift der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Justus-Liebig-Universität zu Gießen als Dissertation vorgelegen. Für den Druck wurde sie im Oktober 1971 überarbeitet; während der Drucklegung konnten noch einige bedeutsame später erschienene bzw. später zugänglich gewordene Veröffentlichungen berücksichtigt werden, so daß wohl ebenfalls die neuesten Entwicklungstendenzen aufgezeigt werden.

Mein ganz besonderer und herzlicher Dank gilt meiner verehrten Lehrerin, Frau Professor Dr. Brauneck, für die mir zuteil gewordene hilfreiche Unterstützung und vielseitige Förderung.

Herrn Professor Dr. Geilke und Herrn Professor Dr. Tiedemann bin ich für ihre Ratschläge zu Dank verpflichtet. Nicht zuletzt gilt mein Dank Herrn Professor Dr. Schmidhäuser, mit dessen Hilfe die Herausgabe dieser Arbeit in der vorliegenden Form erst ermöglicht wurde.

Amsterdam, im Dezember 1971

*Irene Sagel-Grande*



# Inhalt

<b>Einleitung</b>	<b>15</b>
<i>Erstes Kapitel</i>	
<b>Sozialistisches Recht und sozialistisches Strafrecht</b>	<b>17</b>
<i>A. Sozialistisches Recht</i> .....	17
<i>B. Sozialistisches Strafrecht</i> .....	23
<i>Zweites Kapitel</i>	
<b>Das Sanktionensystem</b>	<b>33</b>
<i>Drittes Kapitel</i>	
<b>Die Sanktionen ohne Freiheitsentzug</b>	<b>36</b>
<i>A. Ideologische Grundlagen</i> .....	36
I. Der staatliche Strafzwang und seine Rechtfertigung .....	36
II. Die politisch-moralischen Kräfte der Gesellschaft .....	48
<i>B. Die gerichtlichen Strafsanktionen</i> .....	65
I. Voraussetzungen für eine gerichtliche Verurteilung .....	65
1. Antisoziales Handeln .....	65
2. Die Täterpersönlichkeit .....	73
3. Die Schuld .....	74
II. Die Entwicklung der Strafen ohne Freiheitsentzug .....	79
III. Die Hauptstrafen ohne Freiheitsentzug .....	85
1. Von der bedingten Verurteilung des StEG zur Verurteilung auf Bewährung im StGB von 1968 .....	85
a) Darstellung .....	85
aa) Anwendungsbereich .....	86
bb) Die Bewährungszeit und ihre Ausgestaltung .....	106
cc) Abschluß der Bewährungszeit .....	120
dd) Widerruf der Bewährungszeit .....	121

ee) Eintragung der Verurteilung auf Bewährung .....	123
ff) Anwendungshäufigkeit .....	124
b) Die bedingte Verurteilung und die Verurteilung auf Bewäh- rung in der DDR und in anderen Ländern .....	124
c) Vor- und Nachteile der Regelung der bedingten Verurtei- lung bzw. Verurteilung auf Bewährung .....	133
d) Die Bewährung am Arbeitsplatz .....	148
aa) Darstellung .....	148
(1) Begründung für die Einführung der Bewährung am Arbeitsplatz .....	149
(2) Ziele der Bewährung am Arbeitsplatz .....	150
(3) Anwendungsbereich .....	151
(4) Ausgestaltung der Bewährung am Arbeitsplatz ...	154
(5) Anwendungshäufigkeit .....	161
(6) Vollstreckung der angedrohten Freiheitsstrafe .....	161
(7) Die Bindung an den Arbeitsplatz bei Jugendlichen ..	164
(8) Rechtsmittel .....	164
bb) Die Arbeitsplatzbindung in der DDR und in anderen Ländern .....	165
cc) Kritik .....	167
2. Die Geldstrafe als Hauptstrafe .....	170
a) Darstellung .....	170
aa) Die Geldstrafe im „sozialistischen Strafrecht“ .....	170
bb) Anwendungsbereich .....	172
cc) Die Höhe der Geldstrafe .....	174
dd) Verwirklichung der Geldstrafe durch das Gericht .....	176
ee) Ersatzfreiheitsstrafe .....	177
ff) Eintragung im Strafregister .....	178
gg) Einbeziehung der moralisch-politischen Kräfte der Ge- sellschaft .....	179
hh) Anwendungshäufigkeit .....	179
ii) Wiedergutmachung des Schadens .....	180
b) Die Geldstrafe in der DDR und in anderen Ländern .....	181
c) Vor- und Nachteile der Regelung in der DDR .....	182
3. Der öffentliche Tadel .....	185
a) Darstellung .....	185
aa) Geldstrafe als Zusatzstrafe beim öffentlichen Tadel ...	190
bb) Eintragung im Strafregister .....	191
b) Der öffentliche Tadel in der DDR und in anderen Ländern	191
c) Vor- und Nachteile des öffentlichen Tadels .....	194
IV. Die Nebenstrafen, die zu den Hauptstrafen ohne Freiheitsentzug treten können .....	195
1. Die Geldstrafe als Zusatzstrafe .....	195
2. Die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung .....	197
a) Darstellung .....	197
b) Die öffentliche Bekanntmachung in der DDR und in anderen Ländern .....	202
c) Kritik .....	203

3. Die Aufenthaltsbeschränkung .....	204
a) Darstellung .....	204
b) Die Aufenthaltsbeschränkung in der DDR und in anderen Ländern .....	209
c) Kritik .....	211
4. Das Berufsverbot .....	212
a) Darstellung .....	212
b) Das Berufsverbot in der DDR und in anderen Ländern ...	215
c) Kritik .....	216
5. Der Entzug der Fahrerlaubnis .....	218
6. Der Entzug anderer Erlaubnisse .....	221
7. Die Einziehung von Gegenständen .....	222
<b>C. Die Bürgschaft .....</b>	<b>226</b>
I. Darstellung .....	226
1. Allgemeines .....	226
2. Wer kann die Bürgschaft übernehmen? .....	228
3. Anwendungsgebiet .....	229
4. Anregung der Bürgschaft .....	229
5. Inhalt der Bürgschaft .....	230
6. Bürgschaftserklärung .....	232
7. Form der Bürgschaftserklärung .....	233
8. Bestätigung durch das Gericht .....	233
9. Bedeutung der Bürgschaft bei der Wahl der Strafart .....	234
10. Ablehnung der Bürgschaftserklärung durch das Gericht ...	234
11. Rechtsmittel .....	235
12. Gerichtliche Kontrolle .....	236
13. Aufhebung der Bürgschaft .....	236
14. Anwendungsbreite .....	237
II. Die Bürgschaft in der DDR und in anderen Ländern .....	238
III. Vor- und Nachteile der Bürgschaft .....	242
<b>D. Die Sanktionen der Konflikt- und Schiedskommissionen .....</b>	<b>243</b>
I. Darstellung .....	243
1. Entstehung und Rechtsquellen .....	243
2. Bildung und Tätigwerden der KK und SchK .....	247
a) Wo werden KK und SchK gebildet? .....	247
b) Mitglieder der KK und SchK .....	248
c) Wahl der KK und SchK .....	248
d) Aufgaben der KK und SchK .....	249
e) Voraussetzungen für das Tätigwerden der GG .....	250
f) Vorbereitung der Beratung .....	254
g) Beratung der KK und SchK .....	255
3. Erziehungsmaßnahmen und Beschränkung auf die Beratung ..	257
4. Durchsetzung der Entscheidung .....	264
5. Rechtsmittel .....	264
6. Dauer der Entscheidungswirkung .....	265

7. Leitung und Unterstützung der GG .....	266
8. Ideologische Hintergründe .....	267
9. Aus der Praxis der GG .....	270
10. Welche Erfolge haben die Beratungen der GG? .....	277
II. Die GG in der DDR und in den anderen sozialistischen Ländern	281
III. Gesellschaftsgerichte in Ost und West .....	284

*Viertes Kapitel*

<b>Zusammenfassung und Schlußfolgerungen</b>	285
--	-----

<b>Anhang</b>	303
---------------	-----

A. Die Zehn Gebote der sozialistischen Moral .....	303
B. Das Sanktionensystem .....	304
C. Beispiel einer Bürgschaftserklärung .....	308
D. Strafrechtsverletzungen, die von den GG behandelt werden können ..	311

<b>Literaturverzeichnis</b>	313
-----------------------------	-----

## Abkürzungen

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angeführten Orte
AE	Alternativ-Entwurf eines Strafgesetzbuches (BRD)
A.T.	Allgemeiner Teil
Beschl.	Beschluß
Bew Hi	Zeitschrift für Bewährungs-, Gerichts- und Straffälligenhilfe
BG	Bezirksgericht
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
B.T.	Besonderer Teil
DASR	Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften
DB	Durchführungsbestimmung
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Diss.	Dissertation
DNB	Deutsche Noten-Bank
Dtsch.Ges.wesen	Deutsches Gesundheitswesen
E	Entscheidung
E'	Entwurf
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GA	Goltdammers Archiv für Strafrecht
GBA	Gesetzbuch der Arbeit
GG	Gesellschaftliches Gericht
GGG	Gesetz über die GG der DDR
Gr. von 1958	Grundsätze der Strafgesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken von 1958
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
H.	Heft
h.L.	herrschende Lehre
HSchG	Handelsschutzgesetz
i. d. F.	in der Fassung
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kreisgericht
KK	Konfliktkommission
KKO	Konfliktkommissionsordnung
KPdSU	Kommunistische Partei der SU
L.	Lektion
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MDN	Mark der Deutschen Noten-Bank
MschrKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform
NAW	Nationales Aufbau-Werk
ND	„Neues Deutschland“, Zentralorgan der SED

NJ	Neue Justiz, Zeitschrift für Recht und Rechtswissenschaft, Herausgeber: Oberstes Gericht der DDR
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
ö.	öffentlich
OG	Oberstes Gericht
OGSt	Entscheidung des OG in Strafsachen
RAO	Reichsabgabenordnung
RID	Rechtswissenschaftlicher Informationsdienst
ROW	Recht in Ost und West
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
Rspr.	Rechtsprechung
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SchK	Schiedskommission
SchKO	Schiedskommissionsordnung
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
StA	Staatsanwalt
StEG	Strafrechtsergänzungsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozeßordnung
StRG	Strafregistergesetz
StrRG	Strafrechtsreformgesetz
Stud.Gen.	Studium Generale, Zeitschrift für die Einheit der Wissen- schaften im Zusammenhang ihrer Begriffsbildung und Forschungsmethoden
SU	Sowjetunion
S + R	Staat und Recht, Herausgeber: DASR „W. Ulbricht“
Urt.	Urteil
VEB	Volkseigener Betrieb
VESchG	Gesetz zum Schutze des Volkseigentums und anderen ge- sellschaftlichen Eigentums
VO	Verordnung
VP	Volkspolizei
WGO	Die wichtigsten Gesetzgebungsakte in den Ländern Ost- und Südost-Europas
WStVO	Wirtschaftsstrafverordnung
WZ Leipzig	Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe Ziffer
Z.	Ziffer
ZK	Zentralkomitee
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

## Einleitung

Gegenwärtig stehen vor allem drei Fragen aus dem Bereiche des Sanktionensystems im Mittelpunkt allgemeinen Interesses:

1. Die Frage, inwieweit es gelungen ist, die kurzfristige Freiheitsstrafe durch andere, wirksamere Sanktionen zu ersetzen und inwieweit es als sinnvoll gelten kann, auch mittlere Freiheitsstrafen durch Änderungen des Sanktionensystems in ihrer Bedeutung einzuschränken,
2. die Frage nach der Zweckmäßigkeit des weiteren Ausbaus des Sanktionensystems und
3. die Frage nach der Bedeutung der Erziehung im Strafrecht.

Nicht nur in der BRD und anderen westlichen Staaten, sondern auch in der DDR und weiteren Ländern des kommunistischen Machtbereichs finden diese Fragen seit einigen Jahren besondere Beachtung.

Die Antworten, die man bisher in der DDR fand, haben im neuen StGB der DDR von 1968<sup>1</sup> Gesetzeskraft erlangt.

Im Ersten und Zweiten Strafrechtsreformgesetz der BRD von 1969<sup>2</sup> sind hingegen die Lösungen niedergelegt, für die sich der Gesetzgeber in der BRD schließlich entschieden hat.

Die Zeit, da in beiden Teilen Deutschlands das StGB von 1871 Gültigkeit hatte, ist nunmehr endgültig vorüber.

Weisen die neuen Strafgesetze in ihren Grundkonzeptionen und in ihren Regelungen von Spezialfragen überhaupt noch verwandte Züge auf?

Die vorliegende Schrift möchte die Entwicklung auf dem Teilgebiet der *Sanktionen ohne Freiheitsentzug* in dem Teile Deutschlands aufzeigen, der seit über 20 Jahren vom Marxismus-Leninismus geprägt wurde, und die Ergebnisse der Strafrechtswissenschaft und -praxis in der DDR mit denen in anderen Ländern, insbesondere der BRD, vergleichen.

---

<sup>1</sup> StGB der DDR vom 12. 1. 1968, GBl. I, S. 1.

In der vorliegenden Schrift sind Paragraphen ohne Angabe eines Gesetzes solche aus dem StGB der DDR von 1968. Unter „StGB“ ohne Hinweis auf ein Land ist stets das StGB der DDR zu verstehen.

<sup>2</sup> Erstes Gesetz zur Reform des Strafrechts (1. StrRG) vom 25. 6. 1969, BGBl. I, S. 645 — Zweites Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 4. 7. 1969, BGBl. I, S. 717 (2. StrRG). Das 2. StrRG tritt am 1. 10. 1973 in Kraft.

Zum wesensgemäßen Verständnis des Darzustellenden wird es erforderlich sein, einige Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus wenigstens insoweit kurz aufzuzeigen, wie sie auf die Sanktionen ohne Freiheitsentzug direkten oder indirekten Einfluß ausüben.

Im Laufe der Darstellung sollen immer wieder Selbstzeugnisse der Machthaber und Strafrechtler der DDR eingeschaltet werden, damit sie unmittelbar zur Kenntnis gelangen können. Gerade diese Selbstdarstellungen charakterisieren und typisieren nämlich die Staatsmacht, ihre Ideologie und ihr Recht in besonderem Maße.

Auf Grund der engen Bindungen der DDR an die UdSSR ist eine Einbeziehung sowjetischer Rechtsauffassungen unerlässlich. Deshalb soll insbesondere das Sanktionensystem der UdSSR, soweit es die nicht-freiheitsentziehenden Institute betrifft, in die Betrachtung einbezogen werden. Die entsprechenden Sanktionen in den osteuropäischen Staaten, die in einem der DDR vergleichbaren Verhältnis zur UdSSR stehen, werden ebenfalls Beachtung finden.

Der Begriff „Sozialismus“ wird in der vorliegenden Schrift stets im bolschewistischen Sinne gebraucht, also als Bezeichnung einer Übergangsphase vom Kapitalismus zum Kommunismus<sup>3</sup>.

---

<sup>3</sup> Der Sozialismus wird in der DDR gegenwärtig als eine eigene und relativ selbständige Gesellschaftsformation aufgefaßt. *Harriand*, NJ 68, S. 417.

## Erstes Kapitel

### Sozialistisches Recht und sozialistisches Strafrecht

#### A. Sozialistisches Recht

Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit einem Rechtsgebiet der DDR muß die Frage sein, welche Merkmale das Wesen dieses Rechts bestimmen und welche Aufgaben es zu erfüllen hat.

Im Rahmen dieser Arbeit kann nur eine sehr kurze Einführung in das sozialistische Rechts- und Strafrechtsdenken gegeben werden, deren Ziel es ist, einige bedeutsame Wesensmerkmale des Systems zu fixieren, um die Sphäre des zu behandelnden Gebietes, seinen Platz in einem größeren Ganzen zu bestimmen<sup>1</sup>.

Die in der DDR gültige Rechtsauffassung ist die des Marxismus-Leninismus<sup>2</sup>.

Folglich ist das Wesen des dortigen Rechts aus den Lehren des dialektischen und historischen Materialismus zu bestimmen<sup>3</sup>. Nach dieser Theorie ist das Recht nicht etwa eine Schöpfung einer im Menschen lebendigen geistigen oder sittlichen Kraft, sondern nur ein Produkt der ökonomischen Verhältnisse. Alles Geistige gilt als Produkt der Materie,

---

<sup>1</sup> Zu Fragen des Ostrechts vgl. insbesondere:

- a) *Dekkers, R.*, Introduction au droit de l'Union Soviétique et des Républiques populaires.
- b) *Geilke, G.*, Die Sowjetisierung von Staat und Recht in den europäischen Volksdemokratien, WGO 1963, S. 10 ff.
- c) *Geilke, G.*, Einführung in das Sowjetrecht.
- d) *Hazard, J.*, Law and Social Change in the USSR.
- e) *Kelsen, H.*, The Communist Theory of Law.
- f) *Mampel, S.*, Die Auffassung des dialektischen und des historischen Materialismus vom Recht, ROW 1957, S. 53 ff.
- g) *Mampel, S.*, Das Recht in Mitteldeutschland, Staats- und Rechtslehre — Verfassungsrecht.
- h) *Maurach, R.*, Das Rechtssystem der UdSSR.
- i) *Schlesinger, R.*, Soviet Legal Theory.
- j) *Schulz, W.*, Recht und Staat als Herrschaftsinstrumente der Kommunisten.
- k) *Westen, K.*, Die rechtstheoretischen und rechtspolitischen Ansichten J. Stalins.

<sup>2</sup> *Ulbricht*, Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates von 1945 bis 1958, S. 678, 679; vgl. *Loose, S+R 67*, S. 604 ff., S. 608.

<sup>3</sup> *Jescheck*, Strafrecht und Strafrechtsanwendung, S. 7; *Jescheck*, Die neuere Entwicklung des Strafrechts und des Strafverfahrensrechts in der SBZ, in: Die Lage des Rechts in Mitteldeutschland, S. 79 ff., S. 81. Vgl. auch *Rosenthal, Lange, Blomeyer*, Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland.